

Bekanntmachung

der Kassenärztlichen Vereinigung Bayerns

München, 24. Februar 2023

Arzneimittelvereinbarung nach § 84 Abs. 1 SGB V für das Jahr 2023

Arzneimittelvereinbarung nach § 84 Abs. 1 SGB V

für das Jahr 2023

zwischen

der Kassenärztlichen Vereinigung Bayerns

(nachstehend als „KVB“ bezeichnet)

und

der AOK Bayern - Die Gesundheitskasse

- handelnd als Landesverband -,

dem BKK Landesverband Bayern,

der IKK classic

- handelnd als Landesverband -,

Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau,

als Landwirtschaftliche Krankenkasse,

der KNAPPSCHAFT

- Regionaldirektion München -,

den Ersatzkassen

Techniker Krankenkasse (TK)

BARMER

DAK-Gesundheit

Kaufmännische Krankenkasse - KKH

Handelskrankenkasse (hkk)

HEK - Hanseatische Krankenkasse

Gemeinsamer Bevollmächtigter der Ersatzkassen mit Abschlussbefugnis:

Verband der Ersatzkassen e.V. (vdek),

vertreten durch den Leiter der vdek-Landesvertretung Bayern

§ 1 – AUSGABENVOLUMEN

Für das Jahr 2023 wird als Ausgabenvolumen nach § 84 Abs. 1 S. 1 SGB V der kollektivvertragliche Anteil an dem nach Anlage 1 berechneten Betrag von 6.671,086 Mio. € vereinbart. Die Vertragspartner sehen damit die Rahmenvorgaben nach § 84 Abs. 6 SGB V vom 29. Sept. 2022 als erfüllt an. Die Feststellung des kollektivvertraglichen Anteils nach Satz 1 erfolgt nachträglich anhand der mittleren Einschreibequoten in Vollversorgungsverträge im Jahre 2023.

§ 2 – VERSORGUNGS- UND WIRTSCHAFTLICHKEITZIELE NACH § 84 ABS. 1 SATZ 2 NR. 2 SGB V

- (1) Die Umsetzung der Verpflichtungen der Vertragspartner aus § 84 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 SGB V erfolgt hauptsächlich durch die Wirkstoffvereinbarung in der jeweils geltenden Fassung. Hierin werden sowohl fachgruppenspezifische, arztbezogene Wirkstoffziele (Anlage 2 der Wirkstoffvereinbarung) festgelegt als auch auf die Umsetzung dieser Ziele ausgerichtete Maßnahmen wie zum Beispiel Information und Beratung der Ärzte hierzu geregelt.
- (2) Über die Regelung in Absatz 1 hinaus vereinbaren die Vertragspartner weitere Ziele nach Absatz 3, zu denen die KVB die Vertragsärzte ebenfalls informiert und berät und die auch in die Wirkstoffvereinbarung übernommen werden können.
- (3) Zur Erreichung einer bedarfsgerechten, qualifizierten und wirtschaftlichen Arzneimittelversorgung im Jahr 2023 sollen die Vertragsärzte grundsätzlich
 - vorrangig Rabattarzneimittel oder Arzneimittel unter ihrer Wirkstoffbezeichnung verordnen und dadurch die Umsetzungsquote von vertraglich rabattierten Arzneimitteln (§ 130a Abs. 8 und 8a SGB V) erhöhen,
 - bei namentlichen Verordnungen - auch von Rabattarzneimitteln - aut idem zulassen,
 - soweit keine Rabattverträge bestehen, preisgünstige Generika bevorzugen,
 - im patentgeschützten Markt bevorzugt Leitsubstanzen, möglichst mit Rabattvertrag, im Sinne der Wirkstoffvereinbarung verordnen
 - die Cannabistherapie bevorzugt mit Sativex® und Dronabinol haltigen Rezepturen durchführen. Die hochpreisige Behandlung mit Cannabisblüten sollte unter anderem aufgrund der Dosierungsungenauigkeit auf Einzelfälle beschränkt bleiben.
 - Patentabläufe insbesondere im Hochpreissegment beachten und vorzugsweise Generika verordnen, z.B.:
 - Antiemetika in der Onkologie
 - ATC Code L04AA06 Mycophenolsäure (Generika zu Cellcept® und Myfortic®)
 - L04AX04 Lenalidomid (Generika zu Revlimid®)
 - vorrangig Biosimilars:

Bekanntmachung der KVB

- zu Follitropin (derzeit Bemfola®, Ovaleap®)
- zu Tocilizumab (sobald Biosimilars auf dem deutschen Markt verfügbar sind)
- und in der Psoriasisstherapie

verordnen und dabei Biosimilars mit Rabattvertrag bevorzugen,

- bei der Therapie der Hepatitis C in Abhängigkeit von der Therapiedauer und des Genotyps wirtschaftlich verordnen. Rabattverträge sind zu beachten.
- bei Arzneimitteln, die die frühe Nutzenbewertung nach § 35a SGB V durchlaufen haben und bei denen der Gemeinsame Bundesausschuss einen Zusatznutzen festgestellt hat, diese nur in den Anwendungsgebieten mit Zusatznutzen verordnen,
- die Verordnung von Arzneimitteln mit Angabe der Menge in Normpackungsgrößen (N1/N2/N3) vornehmen,
- jeweils nur die Menge verordnen, die im Einzelfall zur Erreichung der Therapieziele notwendig ist (kleine Packungsgrößen bei Einstellung und Großpackungen bei Dauertherapie beachten),
- die Verordnungen insbesondere für ältere Patienten kritisch überprüfen, die dauerhaft sechs oder mehr Wirkstoffe erhalten (z.B. PRISCUS- oder FORTA-Liste),
- preisgünstige bzw. Blutzuckerteststreifen mit Rabattvertrag bevorzugen, insbesondere bei Erstverordnung und bei Umstellung auf ein anderes Messgerät,
- bei nicht valvulärem Vorhofflimmern Phenprocoumon als Mittel der Wahl verordnen und neue orale Antikoagulantien wie zurzeit Dabigatran, Rivaroxaban, Apixaban oder Edoxaban **nur nach kritischer Abwägung gemäß AkdÄ - Empfehlung** einsetzen,
- Protonenpumpenhemmer nur indikationsgerecht einsetzen; diesbezügliche Krankenhausentlassmedikationen und Dauermedikationen sind kritisch zu überprüfen,
- bei Arzneimitteln der Substitutionsausschlussliste bevorzugt Rabattarzneimittel verordnen, weil kein Austausch in der Apotheke erfolgen darf,
- Antibiotika rational einsetzen, insbesondere Reserveantibiotika und Fluorchinolon-Antibiotika unter Beachtung der Warnhinweise und besonderen Risiken, zurückhaltend verordnen,
- zugelassene Therapieallergene bei Neueinstellungen unter Berücksichtigung des Anwendungsgebietes, sofern zugelassene Therapieallergene mit gleichem (subcutan bzw. sublingual) Applikationsweg zur Verfügung stehen, regelhaft einzusetzen.

Ferner ist darauf hinzuwirken, dass von der Versorgung ausgeschlossene Arzneimittel nicht zu Lasten der Krankenkassen verordnet werden.

- (4) Die Vertragspartner tragen durch die Maßnahmen nach §§ 3 bis 5 dazu bei, die festgelegten Ziele zu erreichen.

§ 3 – INFORMATION

- (1) Die Vertragsärzte werden durch arztbezogene und allgemeine Informationen (z.B. über neu verfügbare Generika und Biosimilars) bei der Steuerung der Verordnungsweise unterstützt. Zu diesem Zweck erhalten die Vertragsärzte - soweit die Apothekenrechenzentren ihren Datenlieferungspflichten rechtzeitig nachkommen von der KVB arztbezogene Auswertungen über die verordneten Arzneimittel und Indikationsgruppen.
- (2) Die KVB leitet die von den Spitzenverbänden der Krankenkassen im Rahmen der Umsetzung der Rahmenvorgaben nach § 84 Abs. 6 SGB V vom 29. Sept. 2022 SGB V zur Verfügung gestellten arztbezogenen Informationen zur Beobachtung der eigenen Verordnungstätigkeit, soweit im Rahmen dieser Vereinbarung relevant, an die Vertragsärzte weiter.
- (3) Die Vertragsärzte erhalten außerdem in Abstimmung mit den Vertragspartnern gemeinsam allgemeine oder fachgruppenspezifische Verordnungshinweise und -empfehlungen in Form von Mailings oder Intra-/Extranet-Informationen.

§ 4 – PHARMAKOTHERAPIEBERATUNG

- (1) Die KVB führt auf Basis der jeweils aktuellsten vorhandenen Daten der Apothekenrechenzentren Pharmakotherapieberatungen durch, um die Vertragsärzte bei der Erreichung der vereinbarten Ziele nach § 2 sowie bei einer wirtschaftlichen Verordnungsweise zu unterstützen. Die Beratungen können in Kleingruppen (bis fünf Praxen), einzeln oder fernmündlich durchgeführt werden. Es wird angestrebt, allen Beratungswünschen und Beratungsnotwendigkeiten zu entsprechen. § 305 a SGB V bleibt unberührt.
- (2) Grundsätzliche Inhalte und Schwerpunkte der Pharmakotherapieberatungen werden gemeinsam von den Vertragspartnern in den Sitzungen nach § 5 festgelegt. Vertragsärzte, die sich freiwillig zur Pharmakotherapieberatung melden, werden ebenfalls beraten.
- (3) Die KVB unterhält zur laufenden Unterstützung der Vertragsärzte in Fragen der wirtschaftlichen Verordnungsweise von Arzneimitteln ein Servicetelefon.

§ 5 – GEMEINSAME STEUERUNG; CONTROLLING

- (1) Die Vertragspartner besprechen sich zur laufenden Steuerung und Analyse der Umsetzung dieser Vereinbarung in der Regel einmal monatlich in einer gemeinsamen Sitzung.
- (2) Die Vertragspartner tauschen in den Sitzungen nach Abs. 1 laufend die wesentlichen Informationen über die Umsetzung dieser Vereinbarung sowie der Wirkstoffvereinbarung aus.

§ 6 – KOSTENPAUSCHALE

Die beteiligten Krankenkassen bzw. Landesverbände der Krankenkassen leisten für die Umsetzung dieser Vereinbarung eine Pauschale an die KVB in Höhe von 300.000,- € zum 30.06. sowie weitere 300.000,- € zum 31.12. des laufenden Jahres.

Bekanntmachung der KVB

Die beteiligten Krankenkassen bzw. Landesverbände der Krankenkassen leisten den jeweils auf sie entfallenden Anteil der Zahlungen an die KVB. Die Aufteilung der Zwischenrechnung der KVB zum 30.06. erfolgt nach der amtlichen Statistik KM6 (Versicherte), Stand 1. Juli des Vorjahres. Die Anteile für die Rechnung der KVB zum 31.12. ergeben sich aus der amtlichen Statistik KM6 (Versicherte), Stand 1. Juli des Jahres 2023. Bei der Aufteilung der Jahresabschlussrechnung zum 31.12. ist der Jahresbetrag (600.000,- €) heranzuziehen und von den sich ergebenden Beträgen sind die Beträge der Zwischenrechnung in Abzug zu bringen.

§ 7 – ENTLASSMEDIKATION DER KRANKENHÄUSER

Die Krankenkassen bzw. Landesverbände der Krankenkassen sollen darauf hinwirken, dass die Anforderungen des § 115c SGB V durch geeignete Maßnahmen (z.B. schriftliche Informationen) sichergestellt werden. Die Vertragspartner informieren sich gegenseitig über ihnen hierzu bekanntwerdende Auffälligkeiten.

Zur Sicherung der wirtschaftlichen Verordnung von Arzneimitteln sind im Rahmen des Entlassmanagements nach § 39 Abs. 1a SGB V i.V.m. § 4 Abs. 3 Satz 3 des Rahmenvertrags über ein Entlassmanagement beim Übergang in die Versorgung nach Krankenhausbehandlung die Versorgungs- und Wirtschaftlichkeitsziele gemäß dieser Vereinbarung (§ 84 SGB V) zu beachten.

§ 8 – SALVATORISCHE KLAUSEL

Sollten einzelne Bestimmungen dieses Vertrages unwirksam sein oder nach Vertragsschluss unwirksam werden, so wird dadurch die Wirksamkeit des Vertrages im Übrigen nicht berührt. An die Stelle der unwirksamen Bestimmung soll diejenige wirksame Regelung treten, deren Wirkungen der Zielsetzung möglichst nahekommen, die die Vertragsparteien mit der unwirksamen Bestimmung verfolgt haben.

§ 9 – INKRAFTTRETEN und LAUFZEIT

Diese Vereinbarung tritt am 01.01.2023 in Kraft und endet am 31.12.2023, ohne dass es einer Kündigung bedarf.

München, den 30.11.2022

Kassenärztliche Vereinigung Bayerns
- Körperschaft des öffentlichen Rechts -

AOK Bayern - Die Gesundheitskasse
- Körperschaft des öffentlichen Rechts -

BKK Landesverband Bayern
- Körperschaft des öffentlichen Rechts –

IKK classic
- Körperschaft des öffentlichen Rechts -

Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und
Gartenbau, als Landwirtschaftliche Krankenkasse

Verband der Ersatzkassen e.V. (vdek)
- Der Leiter der Landesvertretung Bayern -

KNAPPSCHAFT
- Regionaldirektion München -

Bekanntmachung der KVB

Anlage 1 zur Arzneimittelvereinbarung für das Jahr 2023 im Bereich der Kassenärztlichen Vereinigung Bayerns

Ausgabenvolumen 2023 für die vertragsärztliche Arzneimittelversorgung und Berücksichtigung der Rahmenvorgabe nach § 84 Abs. 6 SGB V vom 29. Sept. 2022

Vereinbartes Ausgabenvolumen für 2022 (ohne Bereinigung) in Mio. Euro:	6.465,028
Retrospektives Ausgabenvolumen für 2022 (ohne Bereinigung) in Mio. Euro:	6.470,500*
1. Zahl und Altersstruktur der Versicherten:	+0,70%
2. Preisentwicklung + vertragl. Rabatte aus Rabattverträgen nach § 130a Abs. 8 SGB V*:	-1,90%
3. Gesetzliche Leistungspflicht:	0,00%
4. Richtlinien Bundesausschuss:	0,00%
5. Einsatz innovativer Arzneimittel:	+5,10%
6. Zielvereinbarungen, indikationsbezogen:	-0,50%
7. Verlagerung zwischen Leistungsbereichen:	+0,20%
8. Wirtschaftlichkeitsreserven, Zielvereinbarungen:	-0,50%
Summe der Anpassungsfaktoren (in Prozent):	+3,10%
Summe der Anpassungsfaktoren (in Mio. Euro):	200,59
Ausgabenvolumen 2023 (ohne Bereinigung) in Mio. Euro:	6.671,086

*: Der Anpassungsfaktor nach Ziffer 2 enthält vertragliche Rabatte aus Rabattverträgen nach § 130a Abs. 8 SGB V in Höhe von 0 %. Dieser Wert wird retrospektiv für das Jahr 2022 angepasst.

München, den 24. Februar 2023

Dr. med. Christian Pfeiffer
Vorsitzender des Vorstandes der KVB

Bekanntmachungshinweis im Bayerischen Staatsanzeiger

Gemäß § 27 Absatz 2 Satz 2 Satzung der KVB wurde im Bayerischen Staatsanzeiger Nr. 08/2023 vom 24.02.2023 ein Hinweis auf die Fundstelle der vorliegenden Bekanntmachung veröffentlicht.